

Amtsgericht Hamburg-Wandsbek
Zivilabteilungen



Telefon (Durchwahl): (040) 42881 - 2905
Telefon (Zentrale): (040) 4 28 28 - 0
Telefax (Geschäftsstelle): (040) 4 27 9 - 83 17 1
Telefax: (040) 4 27 9 - 83 28 8
Zimmer: 303

Amtsgericht Hamburg-Wandsbek, 712 C 174/21

Rechtsanwälte
Gansel



Sprechzeiten:

9.00 - 12.00 Uhr
Mittwoch keine Sprechzeit

Bitte bei Antwort angeben:
Geschäftsnummer:



, den 16.06.2022

In Sachen

 ./. , B.

wg. Rechtsanwalts-/Rechtsbeistandshonorar

Ihr Zeichen:



Sehr geehrte Damen und Herren Rechtsanwälte,

anbei erhalten Sie eine beglaubigte Abschrift des Urteils vom 15.06.2022 und eine Abschrift des Urteils vom 15.06.2022.

Mit freundlichen Grüßen

Olfsen, JAng

Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle

Dieses Schreiben wurde elektronisch erstellt und ist ohne Unterschrift gültig.

Den barrierefreien Zugang zum Gebäude erfragen Sie bitte vorab telefonisch.

Datenschutzhinweise:


Informationen zum Schutz personenbezogener Daten bei deren Verarbeitung durch die Justiz nach Artikel 13 und Artikel 14 der Europäischen Datenschutz-Grundverordnung finden sich auf der Internetseite des Hanseatischen Oberlandesgerichts unter <http://www.justiz.hamburg.de/rechtsprechung-senate/datenschutzhinweise>
Auf Wunsch übersenden wir diese Informationen auch an Verfahrensbeteiligte in Papierform.

Bankverbindung

Justizkasse Hamburg:

Deutsche Bundesbank

IBAN: DE10 2000 0000 0020 0015 01

BIC: 

Verkehrsanbindung

5 Minuten Fußweg von



(U1 sowie diverse Buslinien)

Nachtbriefkasten

direkt an der Eingangstür

USt-Id. Nr.

DE 118509725

Amtsgericht Hamburg-Wandsbek

Az.: 712 C 174/21

Verkündet am 15.06.2022

Olfen, JAng
Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle



Urteil

IM NAMEN DES VOLKES

In dem Rechtsstreit

_____ vertreten durch den Geschäftsführer
_____, _____,

- Klägerin -

Prozessbevollmächtigte:

Rechtsanwälte **Göthling & Kollege**, _____,

Gz.: _____

gegen

_____, _____

- Beklagte -

Prozessbevollmächtigte:

Rechtsanwälte **Gansel**, Wallstraße 59, _____, Gz.:

_____ Abteilung 712 - durch den Richter am

Amtsgericht Dr. Morris auf Grund der mündlichen Verhandlung vom 18.05.2022 für Recht:

1. Die Klage wird abgewiesen.
2. Die Klägerin hat die Kosten des Rechtsstreits zu tragen.
3. Das Urteil ist vorläufig vollstreckbar, für die Klägerin jedoch nur gegen Sicherheitsleistung in Höhe von 110 % des zu vollstreckenden Betrags. Die Klägerin kann die Vollstreckung der Beklagten durch Sicherheitsleistung in Höhe von 110 % des aufgrund des Urteils vollstreckbaren Betrags abwenden, wenn nicht die Beklagte vor der Vollstreckung Sicherheit in Höhe von 110 % des zu vollstreckenden Betrags leistet.
4. Der Streitwert wird auf 1.156,20 € festgesetzt.

Tatbestand

Die Parteien streiten um den Ersatz vorgerichtlicher Rechtsanwaltskosten nach Rücktritt von einem PKW-Kaufvertrag.

Die Klägerin betreibt einen Handel mit Kraftfahrzeugen. Die Beklagte schloss am 06.03.2019 einen Kaufvertrag über ein gebrauchtes Kraftfahrzeug vom Typ Audi A4 2.0 TDI mit einem Dieselmotor der Volkswagen AG vom Typ EA 288; zwischen den Parteien ist streitig, ob die Motorssoftware über eine unzulässige Abschaltvorrichtung verfügt. Motoren dieses Typs sind bislang nicht von behördlichen Maßnahmen des Kraftfahrzeugbundesamtes betroffen. Ausweislich eines auf der Internetseite des Kraftfahrzeugbundesamtes abrufbaren Berichts vom 19.05.2021 stuft die Behörde das Fahrzeug bezüglich seiner Abgasemissionen als unauffällig ein; wegen der Einzelheiten wird auf den Bericht des Kraftfahrzeugbundesamtes (abrufbar unter https://www.kba.de/DE/Themen/Marktueberwachung/Allgemein/Marktueberwachungsbericht/Verwendungsbereich/Audi_A4_2_0_TDI_2.pdf?__blob=publicationFile&v=2, abgerufen am 10.06.2022) verwiesen.

Die Beklagte erklärte durch ihre Prozessbevollmächtigten am 10.03.2021 den Rücktritt vom Kaufvertrag; wegen der Einzelheiten wird auf das Schreiben (Bl. 14 bis 25 der Akte) verwiesen. ■■■-aufhin beauftragte die Klägerin ihre Prozessbevollmächtigten mit der vorgerichtlichen Abwehr von Ansprüchen. Diese lehnten die von der Beklagten geltend gemachten Ansprüche ab und forderten die Beklagte auf, die der Klägerin zur Anspruchsabwehr entstandenen Anwaltskosten zu ersetzen; wegen der Einzelheiten wird auf das Schreiben vom 26.03.2021 (Bl. 26 - 27 der Akte) verwiesen. Die Beklagte leistete keine Zahlungen.

Nachdem die Beklagte gegen einen auf Antrag der Klägerin erlassenen Mahnbescheid rechtzeitig Widerspruch eingelegt hat, verfolgt die Klägerin ihren Anspruch weiter.

Die Klägerin ist der Auffassung, die Beklagte sei zum Ersatz der vorgerichtlichen Rechtsanwaltskosten verpflichtet, weil der Beklagten keine kaufrechtlichen Ansprüche wegen unzulässiger Motorabschaltvorrichtungen zustünden. Die Klägerin habe daher Anspruch auf Ersatz der zur Abwehr des unberechtigten Rücktrittsverlangens entstandenen Rechtsanwaltskosten.

Die Klägerin beantragt,

die Beklagte zu verurteilen, an die Klägerin 1.156,20 € nebst Zinsen in Höhe von 5 Prozentpunkten über dem Basiszinssatz ab Rechtshängigkeit an die Klägerin zu zahlen.

Die Beklagte beantragt,

die Klage abzuweisen.

Die Beklagte behauptet, entgegen den Beteuerungen der Volkswagen AG sei auch im Motor EA288 eine unzulässige Abschaltvorrichtung verbaut worden. Sie ist der Auffassung, dass der Rücktritt vom Kaufvertrag auch dann zulässig war, wenn sich eine unzulässige Abschaltvorrichtung nicht positiv nachweisen lasse.

Wegen des weiteren Vorbringens der Parteien wird auf die gewechselten Schriftsätze nebst Anlagen verwiesen.

Entscheidungsgründe

Die Klage ist unbegründet.

1. Die Klägerin hat keinen Anspruch auf Ersatz ihrer vorgerichtlichen Rechtsanwaltskosten. Denn es fehlt gemäß § 280 Absatz 1 BGB an einer Pflichtverletzung der Beklagten. Denn die Beklagte war unabhängig von dem Umstand, dass das Kraftfahrzeugbundesamt bislang keine Maßnahmen bezüglich des im von der Beklagten erworbenen Fahrzeugs verbauten Motor vom Typ EA288 getroffen hat, zum Rücktritt vom Kaufvertrag berechtigt.

In der obergerichtlichen Rechtsprechung ist allerdings umstritten, ob Fahrzeuge mit Motoren vom Typ EA288 einen Mangel im Sinne von § 434 BGB in der hier maßgeblichen Fassung bis 31.12.2021 aufweisen.

2. Zum Teil wird angenommen, dass sich dieser Motortyp unabhängig vom Umstand, dass das Kraftfahrzeugbundesamt keine Maßnahmen veranlasst hat, mangelhaft im Sinne des § 434 a.F. BGB ist (OLG Köln Urt. v. 10.3.2022 – 24 U 112/21; OLG Naumburg, Urt. v. 09.04.2021, Az. 8 U 68/20d. Denn die in diesem Motortyp vorhandene Fahrkurvenerkennung stelle eine Art. 5 Abs. 1 VO (EG) Nr. 715/2007 unzulässige Abschaltvorrichtung dar. Insbesondere sei deshalb unerheblich, ob die Abgassgrenzwerte im Ergebnis trotz der unzulässigen Abschaltvorrichtung noch eingehalten würden.

3. Demgegenüber wird ein solcher zum Rücktritt berechtigender Mangel zum Teil verneint (OLG Karlsruhe, Beschluss vom 20.04.2022 – 8 U 82/21; OLG Schleswig (16. Zivilsenat), Hinweisbeschluss vom 23.01.2020 – 16 U 141/19; OLG München Hinweisbeschluss v. 10.2.2020 – 3 U 7524/19).

4. Das erkennende Gericht schließt sich der zuerst genannten Auffassung an. Insbesondere ist es unerheblich, dass das Kraftfahrzeugbundesamt keine Maßnahmen getroffen hat und die Abgasemissionen als unauffällig eingestuft hat. Gemäß § 434 Absatz 1 Satz 2 Nr. 2 a.F. BGB ist die Sache frei von Sachmängeln, wenn sie sich für die gewöhnliche Verwendung eignet und eine Beschaffenheit aufweist, die bei Sachen der gleichen Art üblich ist und die der Käufer nach der Art der Sache erwarten kann. Selbstverständlich kann der Käufer eines Kraftfahrzeuges erwarten, dass der Hersteller kein Fahrzeug auf den Markt bringt, welches geltendes Europäisches Recht verletzt. Gemäß Art 5 Absatz 1 der Verordnung EG Nr. 715/2007 hat der Hersteller ein Fahrzeug so auszurüsten, dass die Bauteile, die das Emissionsverhalten

5. voraussichtlich beeinflussen, so konstruiert, gefertigt und montiert sind, dass das Fahrzeug unter normalen Betriebsbedingungen dieser Verordnung und ihren Durchführungsmaßnahmen entspricht. Die [REDACTED] über Typenzulassungen haben im Übrigen individualschützenden Charakter (vgl. die Schlussanträge des Generalanwalts vom 02.06.2022 in der Sache C-100/21). Das Gericht schließt sich den überzeugenden Ausführungen der unter 1. genannten Entscheidungen an.

6. Selbst wenn man mit der Gegenauffassung einen Sachmangel und demzufolge ein Rücktrittsrecht ablehnt, dürfte es angesichts der genannte obergerichtlichen Rechtsprechung, die einen Sachmangel bejaht, gemäß § 280 Absatz 1 Satz 2 BGB an einem Verschulden der Beklagten fehlen. Denn die Annahme eines Rücktrittsrechts erscheint nicht fahrlässig.

7. Mangels Hauptanspruch besteht auch kein Anspruch auf die geltend gemachte Zinsforderung.

8. Die Kostenentscheidung beruht auf § 91 Absatz 1 Satz 1 ZPO.

9. Die Entscheidung über die vorläufige Vollstreckbarkeit beruht auf §§ 708 Nr. 11, 711 ZPO.

10. Rechtsbehelfsbelehrung:

11. Gegen die Entscheidung kann das Rechtsmittel der Berufung eingelegt werden. Die Berufung ist nur zulässig, wenn der Wert des Beschwerdegegenstands 600 Euro übersteigt oder das Gericht des ersten Rechtszuges die Berufung im Urteil zugelassen hat.

12. Die Berufung ist binnen einer Notfrist von **einem Monat** bei dem

13. Landgericht Hamburg

14. Sievekingplatz 1

20355 [REDACTED]

15. einzulegen.

16. Die Frist beginnt mit der Zustellung der vollständigen Entscheidung, spätestens mit Ablauf von fünf Monaten nach der Verkündung der Entscheidung.

17. Die Berufung muss mit Schriftsatz durch eine Rechtsanwältin oder einen Rechtsanwalt eingelegt werden. Die Berufungsschrift muss die Bezeichnung der angefochtenen Entscheidung und die Erklärung enthalten, dass Berufung eingelegt werde.

18. Die Berufung muss binnen zwei Monaten mit Anwaltsschriftsatz begründet werden. Auch diese Frist beginnt mit der Zustellung der vollständigen Entscheidung.

19. Gegen die Entscheidung, mit der der Streitwert festgesetzt worden ist, kann Beschwerde eingelegt werden, wenn der Wert des Beschwerdegegenstands 200 Euro übersteigt oder das Gericht die Beschwerde zugelassen hat.

20. Die Beschwerde ist binnen **sechs Monaten** bei dem

21. Amtsgericht Hamburg-Wandsbek

[REDACTED]

22. [REDACTED]

23. einzulegen.

24. Die Frist beginnt mit Eintreten der Rechtskraft der Entscheidung in der Hauptsache oder der anderweitigen Erledigung des Verfahrens. Ist der Streitwert später als einen Monat vor Ablauf der sechsmonatigen Frist festgesetzt worden, kann die Beschwerde noch innerhalb eines Monats nach Zustellung oder formloser Mitteilung des Festsetzungsbeschlusses eingelegt werden. Im Fall der formlosen Mitteilung gilt der Beschluss mit dem dritten Tage nach Aufgabe zur Post als bekannt gemacht.

25. Die Beschwerde ist schriftlich einzulegen oder durch Erklärung zu Protokoll der Geschäftsstelle des genannten Gerichts. Sie kann auch vor der Geschäftsstelle jedes Amtsgerichts zu Protokoll erklärt werden; die Frist ist jedoch nur gewahrt, wenn das Protokoll rechtzeitig bei dem oben genannten Gericht eingeht. Eine anwaltliche Mitwirkung ist nicht vorgeschrieben.

26. Rechtsbehelfe können auch als **elektronisches Dokument** eingereicht werden. Eine einfache E-Mail genügt den gesetzlichen Anforderungen nicht.

27. Rechtsbehelfe, die durch eine Rechtsanwältin, einen Rechtsanwalt, durch eine Behörde oder durch eine juristische Person des öffentlichen Rechts einschließlich der von ihr zur Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben gebildeten Zusammenschlüsse eingereicht werden, sind **als elektronisches Dokument** einzureichen, es sei denn, dass dies aus technischen Gründen vorübergehend nicht möglich ist. In diesem Fall bleibt die Übermittlung nach den allgemeinen Vorschriften zulässig, wobei die vorübergehende Unmöglichkeit bei der Ersatzeinreichung oder unverzüglich danach glaubhaft zu machen ist. Auf Anforderung ist das elektronische Dokument nachzureichen.

28. Elektronische Dokumente müssen

- mit einer qualifizierten elektronischen Signatur der verantwortenden Person versehen sein oder
- von der verantwortenden Person signiert und auf einem sicheren Übermittlungsweg eingereicht werden.

29. Ein elektronisches Dokument, das mit einer qualifizierten elektronischen Signatur der verantwortenden Person versehen ist, darf wie folgt übermittelt werden:

- auf einem sicheren Übermittlungsweg oder
- an das für den Empfang elektronischer Dokumente eingerichtete Elektronische Gerichts- und Verwaltungspostfach (EGVP) des Gerichts.

30. Wegen der sicheren Übermittlungswege wird auf § 130a Absatz 4 der Zivilprozessordnung verwiesen. Hinsichtlich der weiteren Voraussetzungen zur elektronischen Kommunikation mit den Gerichten wird auf die Verordnung über die technischen Rahmenbedingungen des elektronischen Rechtsverkehrs und über das besondere elektronische Behördenpostfach (Elektronischer-Rechtsverkehr-Verordnung - ERVV) in der jeweils geltenden Fassung sowie auf die Internetseite www.justiz.de verwiesen.

31. Dr. [REDACTED]

32. Richter am Amtsgericht



33. Für die Richtigkeit der Abschrift
[REDACTED], 16.06.2022

34. Olfen, JAng
35. Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle

37.

Informationsblatt

38.

zum elektronischen Rechtsverkehr

39. **Dieser elektronischen Nachricht ist im vorliegenden Fall ein elektronisches Empfangsbekenntnis (eEB) beigefügt.**

40. Sie werden darauf hingewiesen, dass Sie gesetzlich verpflichtet sind, bei der Rücksendung des elektronischen Empfangsbekenntnisses den strukturierten, maschinenlesbaren Datensatz, der Ihnen mit dem zugestellten Dokument zur Verfügung gestellt wurde, zu verwenden (§ 173 Abs. 3 S. 2 ZPO). Die Verwendung alter Formblätter, selbst verfasster Empfangsbekenntnisse per beA, E-Mail, Fax oder Post an das Gericht stellt kein elektronisches Empfangsbekenntnis dar.

41. **Sofern Sie ein besonderes elektronisches Anwaltspostfach (beA) einsetzen, finden Sie auf Seite 2 dieses Informationsblattes Hinweise zur Abgabe des eEB. Sollten Sie Probleme bei der Bearbeitung des eEB haben, wenden Sie sich bitte an den Support der Bundesrechtsanwaltskammer bzw. Ihrer jeweiligen Rechtsanwalts-Software.**

42. Vielen Dank!

43.

44. **Hinweise zur Abgabe eines elektronischen Empfangsbekenntnisses (eEB)**

45. Die Rücksendung eines elektronischen Empfangsbekenntnisses (eEB) kann direkt über das besondere elektronische Anwaltspostfach (beA) vorgenommen werden.

46. Hat das Gericht ein eEB angefordert, wird in der geöffneten Nachricht oberhalb des Be-

R treffs der Hinweis **Empfangsbekenntnis**

12 Sonstige Funktionen ' B Ch Nachrichtenjournal

Absender:
Empfänger:
Status Signaturprüfung: Keine Nachrichtensignatur Signaturen prüfen

Empfangsbekenntnis	1 angefordert	2 Anzeigen	3 Abgabe erstellen	4 Ablehnung erstellen
Betreff:	Ladung in Sachen Astmann / Schuster		Nachrichtentyp:	Allgemeine Nachricht
Eigenes Aktenzeichen:			Aktenzeichen der Justiz:	123 C 1234/17
<input type="checkbox"/> Dringend <input type="checkbox"/> Zu prüfen				
Gesendet:	27.11.2017 10:14	Zugegangen:	27.11.2017 10:14	Erstellt von:

Letzte Änderung von:

Dateiname	Bezeichnung	Anhangstyp	Größe
qjutz_nachricht.xml		Strukturierte	KB

angefordert (1) eingeblendet.

47. [Inneken I L](#)

48. Quelle: Bundesrechtsanwaltskammer

49. Mit der Schaltfläche **Anzeigen (2)** kann der Inhalt des eEB eingesehen werden, wobei Sie hier lediglich einen technischen Datensatz angezeigt bekommen. Eine gesonderte PDF-Datei wird nicht mitversendet.

50. Mit der Schaltfläche **Abgabe erstellen (3)** wird die Rückantwort für das Gericht erzeugt. Nach Eingabe des Zustellungsdatums kann der Datensatz automatisiert elektronisch zurückgesandt werden. Das Gericht erhält innerhalb weniger Minuten diesen Datensatz zur Weiterverarbeitung.

51. Sollten Sie das eEB nicht abgeben wollen, verwenden Sie bitte die Schaltfläche **Ablehnung erstellen (4)** und begründen Sie diese.

52. Eine detaillierte Anleitung zum Umgang mit dem eEB können Sie im Übrigen dem Newsletter der Bundesrechtsanwaltskammer Nummer 48/2017 vom 30. November 2017

entnehmen:

53. <https://www.brak.de/zur-rechtspolitik/newsletter/bea-newsletter/2017/ausgabe-48-2017-v-30112017.news.pdf>

54. (Sollte der Link nicht funktionieren, können Sie ihn kopieren und in Ihren Internetbrowser einfügen.)

55. Stand 01.09.2019